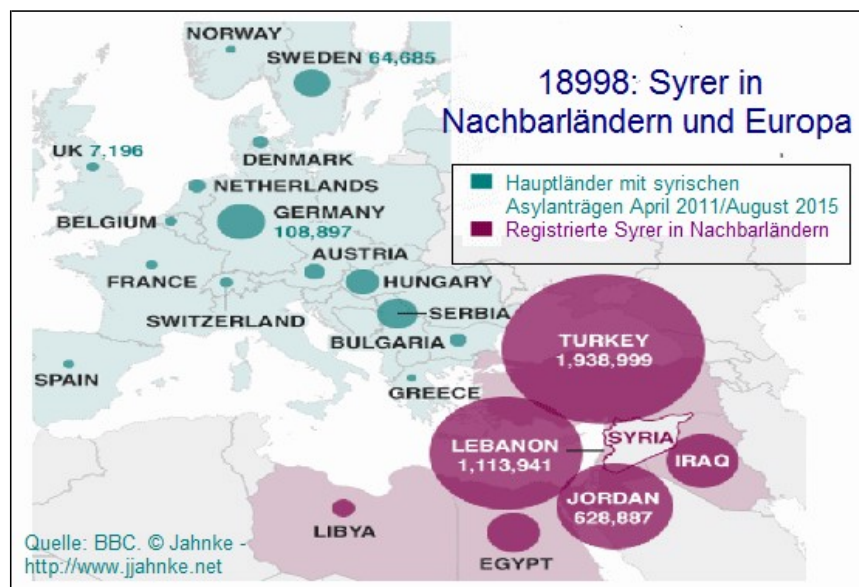




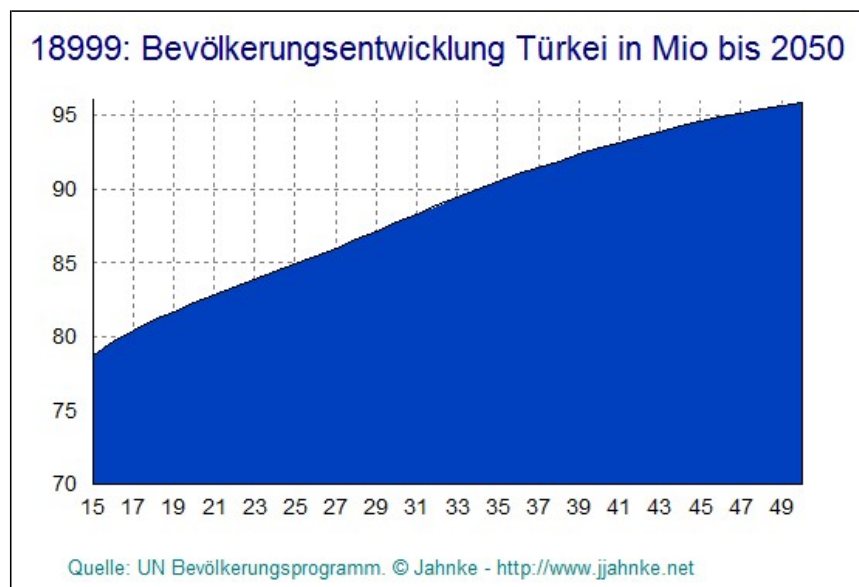
## global news 3380 17-10-15: Vom syrischen Regen in die türkische Traufe

Die EU - und vor allem Deutschland - ist mit dem Zustrom an Flüchtlingen total überfordert, spätestens seit Deutschland mit Merkel und der neudeutschen Willkommenskultur die deutschen Grenzen weggeräumt und die Dublin-Vereinbarung über die Erstregistrierung von Flüchtlingen gebrochen hat. Da man sich auch über die Verteilung der Flüchtlinge nicht einigen kann, konzentriert sich die EU auf die Wacht an den Außengrenzen. Doch Griechenland, wohin ein großer Teil der Flüchtlinge von der Türkei aus strömt, kann oder will seine Grenze nicht schützen. Damit bleibt nur der Kniefall vor dem Diktator und derzeitigen Kriegsherrn Erdogan, der gerade noch von der EU ins politische Abseits gestellt worden war. Denn der könnte den Daumen auf einen großen Teil der etwa 4 Mio. Syrer halten, die in Syrien benachbarten Ländern leben (Abb. 18998).



Doch Erdogan kennt seinen Wert und schraubt den Preis für seine Hilfe hoch. In dem mit der EU-Kommission bereits ausgehandelten Vertragsentwurf fordert er 3 Mrd. Euro (bisher angeboten waren 750 Mio. Euro), einen Fortschritt in weiteren fünf Kapiteln des noch verhandelten Beitrittsabkommens zur EU und eine Erklärung, daß die EU der Türkei beim Beitrittsprozeß helfen würde (soll wohl finanzielle Hilfen bedeuten). Als Vorableistung fordert Erdogan eine Aufnahme der Türkei in das Schengenabkommen und damit den visafreien Zugang seiner 75 Mio. Türken zur EU bereits ab kommendes Jahr.

Die Türkei hat ein großes Problem mit ihrer stark wachsenden muslimischen Bevölkerung, vor allem im asiatischen Anatolien. Nach Vorausberechnung des UN Bevölkerungsprogramms wird sie allein in den kommenden 15 Jahren um mehr als 9 Mio. zunehmen und bis 2050 auf fast 96 Mio. ansteigen und damit die Zahl der deutschen Bevölkerung weit hinter sich lassen (Abb. 18999). Als Teil der EU würde die Türkei nicht nur mit zusätzlicher Industrieverlagerung zu ihren Gunsten rechnen können sondern auch mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit, so daß sie die zunehmende Arbeitslosigkeit in die EU abschieben könnte.



Der Rat hat beim Flüchtlingsgipfel mit starker Unterstützung durch die deutsche Kanzlerin den Vertragsentwurf mit der Türkei begrüßt. Laut

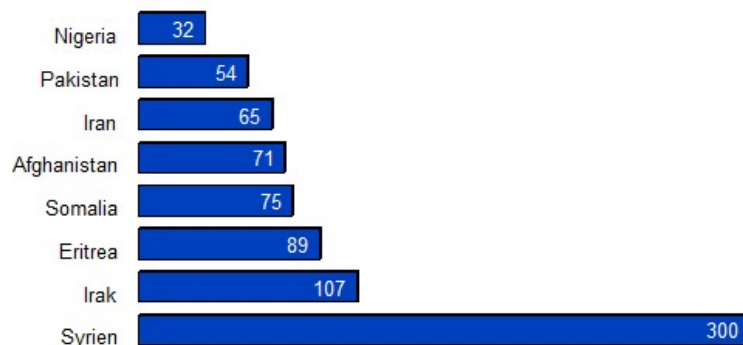
Ratsdokument würde eine erfolgreiche Umsetzung des Vertrags die Aufhebung des Visumzwangs (Zulassung der Türkei zum Schengenraum) beschleunigen. Der Beitrittsprozeß müsse wieder verstärkt werden mit dem Ziel, Fortschritte in den Verhandlungen zu erreichen. Frau Merkel, die nun zu Erdogan reist, erklärte am Rande des Gipfels: "In Zukunft müssen wir uns mehr an der Lastenteilung beteiligen, wenn wir daran denken, daß die Türkei praktisch in der Vergangenheit allein gelassen wurde. Wenn wir sagen, daß die Türkei tatsächlich 7 Mrd. Euro über die letzten Jahre ausgegeben hat, dann würde das bedeuten, daß die EU eine vergleichbare Summe schultert."

Vielleicht werden es nach einer solchen Vereinbarung weniger zusätzliche syrische Flüchtlinge in der EU. Dafür aber könnte es zu einem unkontrollierten Zustrom von Türken vor allem nach Deutschland kommen, wo bereits die meisten Auslandstürken in der EU wohnen. Auf jeden Fall wären die Türken nach allen Erfahrungen mit deren von Anatolien her relativ geringem Bildungsniveau noch schwerer zu integrieren als die Syrer und in ihrer Zahl noch unberechenbarer. Sie könnten zwar zunächst in Deutschland als Ausländer nur schwarzarbeiten. Doch sollte die Türkei am Ende von den flüchtlingsgeschüttelten EU-Ländern den Beitritt zur EU erzwingen, so würden Einwanderer aus der Türkei in Deutschland auch legal und unbegrenzt an den Arbeitsmarkt kommen. Und das würde mit dem zu erwartenden Dumpingwettbewerb und der Inanspruchnahme von Sozialleistungen die soziale Kluft in Deutschland nur noch weiter aufreißen, als das jetzt bereits mit den Millionen an Flüchtlingen geschieht.

### **Die soziale Kluft reißt schon jetzt immer mehr auf**

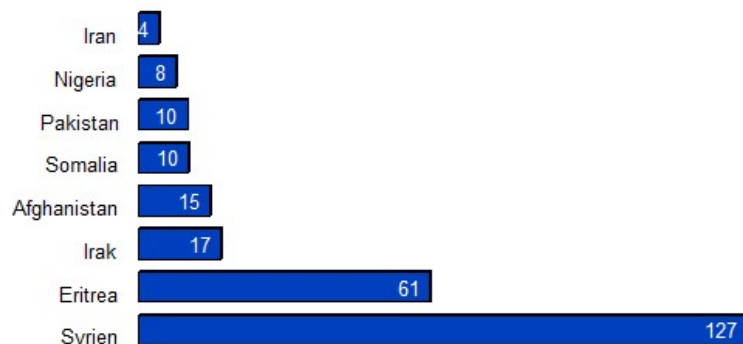
Wie stark sich die Kluft bereits mit den derzeitigen Flüchtlingen öffnet, zeigen die letzten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Schon 436.000 Menschen aus Fluchtländern wie Syrien sind in Deutschland auf Hartz IV angewiesen. Die Tendenz ist stark steigend. Besonders dramatisch betroffen sind Syrer, weil die besonders zahlreich kommen und bisher wenig Zeit hatten, wenigstens rudimentäre deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben (Abb. 19000, 19001).

### 19000: Anteil der arbeitslosen Flüchtlinge an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

### 19001: Anstieg der Zahl arbeitsloser Flüchtlinge Sept.14/15 in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles warnt bereits:

"Den vielen jungen Menschen einen Job zu verschaffen werde mehrere Jahre dauern. Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger könne sich deshalb bis 2019 um eine Million auf mehr als sieben Millionen erhöhen, weil viele der Flüchtlinge nicht sofort Arbeit finden werden und Anspruch auf die Grundsicherung haben, wenn ihr Asylantrag anerkannt ist."

So hat sich die Zahl der arbeitslosen Hartz-IV-Empfänger innerhalb eines Jahres um 20 % auf gut 160.000 bis September 2015 erhöht. Noch stärker zugelegt hat die Zahl aller Hartz-IV-Empfänger aus den Asylozugangsstaaten, einschließlich von Familienangehörigen. Sie wuchs von Juni 2014 bis Juni 2015 um 23,4 %. Dabei ist die Zahl der Arbeitslosen aus den nicht-europäischen Asylozugangsstaaten viel stärker gewachsen als die der Jobsuchenden vom Balkan.

Nach Karl Brenke, Arbeitsmarktexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), ist von allen in Deutschland lebenden Syrern mehr als die Hälfte auf Sozialleistungen angewiesen. Bei Afghanen oder etwa Irakern sei dies kaum besser. Auch die lateinische Schrift kenne ein Teil dieser Flüchtlinge nicht. Manche seien auch gesundheitlich eingeschränkt und wegen der Kriegserfahrungen seelisch belastet. All dies erschwere den Sprung auf den Arbeitsmarkt, selbst bei niedrig bezahlten Jobs wie in der Pflege oder Reinigungsbranche.

Auch an den Tafeln für die Ärmsten zeigt sich immer mehr die Konkurrenz der Flüchtlinge. Nach Brühl, Vorsitzender des Tafelverbands, sind viele Tafeln an ihrer Belastungsgrenze. Sie unterstützen 150.000 Flüchtlinge täglich mit Lebensmitteln zusätzlich zu den etwa eine Million Nutzern. Bei einzelnen Tafeln im Süden und in Nordrhein-Westfalen sei die Situation dramatisch. Dazu Tafelverbandsvorsitzende Brühl: "[Staatliche Stellen schicken die Menschen zum Teil ganz bewusst zu unseren Ausgabestellen. Eine unlautere Praxis. Schließlich bekommen die Tafeln von staatlicher Seite kaum Unterstützung. Bei uns werden die Menschen regelrecht abgeladen.](#)"

Spätestens nach 3 (demnächst 6) Monaten müssen Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht werden. Damit endet die Vollverpflegung und der Hartz-IV-Satz reicht oft nicht aus. Aber auch die "Vollverpflegung" in den Aufnahmelagern ist nach Classen, Mitarbeiter des Berliner Flüchtlingsrats, in vielen Aufnahmestellen "unterirdisch". Statt einer ordentlichen Mahlzeit gebe es

vielerorts ein paar Scheiben Brot und ein paar Teebeutel, manchmal auch eine undefinierbare Masse. In jedem Fall sind es zu wenige Kalorien und zu wenige Vitamine. Daher gingen viele Flüchtlinge zusätzlich zu den Tafeln.

\* \* \* \* \*

**[Hier](#) können Sie diesen Rundbrief bewerten.**